

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FRAKTION IM RAT DER STADT SOEST
OSTHOFEN-WALBURGER-OSTHOFEN-WALL-STR.1, 59494 SOEST

An den Bürgermeister der Stadt Soest
Herrn Marcus Schiffer,
Am Vreithof 8
59494 Soest

Ratsfraktion der Stadt Soest

Anne Richter
Fraktionsvorsitzende

Christian Eckhoff
Fraktionsvorsitzender

fraktion@gruene-soest.de
www.soestbewegen.de

Soest, 08.04.2026

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Soest

„Anschluss an die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände zur Rücknahme des Zulassungsstopps bei Integrationskursen.“

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Soest beschließt folgende Resolution:

1. Der Rat der Stadt Soest schließt sich den Forderungen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Deutschen Volkshochschul-Verbandes an, den Zulassungsstopp für freiwillige Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Integrationskursen unverzüglich zurückzunehmen.
2. Der Rat der Stadt Soest spricht sich ausdrücklich für den Erhalt des bisherigen Zielniveaus der Integrationskurse (mindestens Sprachniveau B1) sowie für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung des Gesamtprogramms Sprache des Bundes aus.
3. Der Rat der Stadt Soest fordert die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium des Innern, auf, die Integrationskurse als zentrales Instrument der Integrations-, Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik zu stärken, statt einzuschränken.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Resolution an die Bundesregierung, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sowie die kommunalen Spitzenverbände weiterzuleiten.

Begründung:

Integration findet vor Ort statt in den Städten und Gemeinden. Sie ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt, wirtschaftliche Stabilität und das Gelingen von Zuwanderung.

Die Integrationskurse des Bundes sind dabei ein zentrales Instrument. Sie vermitteln nicht nur Sprachkenntnisse, sondern auch grundlegende Kenntnisse über das gesellschaftliche und politische System in Deutschland. Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist in der Regel mindestens das Sprachniveau B1.

Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angekündigte Entscheidung, freiwillige Teilnehmerinnen und Teilnehmer künftig von Integrationskursen auszuschließen, steht diesem Ziel entgegen. Sie erschwert insbesondere neu zugewanderten Menschen den Zugang zu notwendiger Sprachförderung und verzögert damit ihre Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

Die kommunalen Spitzenverbände weisen darauf hin, dass diese Maßnahme zu erheblichen Problemen vor Ort führen wird: Kursausfälle, längere Wartezeiten, wirtschaftliche Schwierigkeiten für Bildungsträger sowie steigende Belastungen für kommunale Sozialsysteme. Gleichzeitig wird einer großen Zahl von Menschen der Zugang zu zentralen Integrationsangeboten verwehrt.

Kurzfristige Einsparungen auf Bundesebene führen damit absehbar zu langfristigen Mehrkosten für Länder und Kommunen und gefährden zugleich die Fachkräftesicherung.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, dass der Rat der Stadt Soest ein klares politisches Signal setzt und sich den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände anschließt.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anne Richter
Fraktionsvorsitzende

Christian Eckhoff
Fraktionsvorsitzender